

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 2039/2013
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Förderung sozialer Quartiersentwicklung mit besonderem Fokus auf ältere Menschen

Antrag,

der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover begrüßt es, soziale Quartiersentwicklung mit besonderem Fokus auf ältere Menschen an mehreren verschiedenen Orten in der Stadt Hannover ab 2014 modellhaft zu erproben und zu befördern.
2. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover unterstützt den vom Fachbereich Senioren der Stadt Hannover insoweit vorgesehenen Antrag auf Fördermittel beim Generali Zukunftsfonds sowie die beabsichtigten gleichgerichteten jeweiligen Anträge des Diakonischen Werkes und des Deutschen Roten Kreuzes beim Deutschen Hilfswerk.
3. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover nimmt zur Kenntnis, dass von Sponsoreseite erwartet wird, dass nach erfolgreichem Start und Ablauf der jeweiligen Förderperioden (voraussichtlich ab dem Jahr 2017) die Landeshauptstadt Hannover im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel die Nachhaltigkeit der so eingeleiteten Quartiersentwicklungen fördern wird.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Genderspezifische Aspekte und Belange werden bei Quartiersentwicklungen beachtet. Insgesamt ist davon auszugehen, dass bei der quartiersnahen Infrastrukturgestaltung keine Bevorzugung oder Benachteiligung bezüglich des Geschlechts oder des Alters der Nutzerinnen und Nutzer oder einzelner anderer Gruppen zu erwarten ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass einzelne Maßnahmen de facto mehr Frauen oder mehr Männern zu Gute kommen werden.

Kostentabelle

Mit dieser Entscheidung ist noch keine unmittelbare Entscheidung über den zusätzlichen Einsatz städtischer Mittel verknüpft.

Bei erfolgreichen Quartiersentwicklungen wird allerdings von den potenziellen Förderern der Erprobungsphase erwartet, dass anschließend auch städtische Mittel zur Stützung der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Entwicklungen verfügbar gemacht werden.

Über Art und Höhe der insoweit einzusetzenden Mittel müsste dann gegebenenfalls in späteren Haushaltsjahren entschieden werden, wobei erfahrungsgemäß Startinvestitionen besonders kostenintensiv sind, weshalb dafür Fördermittel Dritter eingeworben werden sollen. Der Antrag beim Generali Zukunftsfonds richtet sich auf eine dreijährige Förderung in Höhe von jährlich jeweils ca. 250.000 € (inkl. Personalkosten).

Schon aus Rechtsgründen ist eine heutige Festlegung für einen städtischen Mitteleinsatz in künftigen Haushaltsjahren nicht möglich, im Übrigen ist es auch nur sinnvoll, zunächst die Erprobungsphasen zu beobachten und zu bewerten.

Begründung des Antrages

1. Vorbemerkung

Der demografische Wandel stellt jede Stadtentwicklung vor neue Herausforderungen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt sind jedoch nicht so sehr allgemeine Entwicklungen von Bedeutung, sondern die Auswirkungen unmittelbar im Wohnquartier. In Fachkreisen steht daher die Befassung mit Quartiersentwicklungen an wichtiger Stelle.

Auch zukunftsorientierte Förderfonds sind grundsätzlich bereit, die Erprobung neuer Wege und Zugänge finanziell zu fördern. Es sollen dabei aber keine „Strohfeuer“ abgebrannt werden, sondern derartige Quellen engagieren sich finanziell nur dann, wenn eine gewisse Nachhaltigkeit eingeleiteter Entwicklungen wahrscheinlich ist. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen politischen Willensbildung, welche auf kommunaler Ebene durch den Rat und seine Gremien zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Wegen einer Förderung von Quartiersentwicklung hat die Verwaltung Kontakt zum Generali Zukunftsfonds aufgenommen, von den Partnern im stadtweiten Netzwerk für Senioren wollen sich das Deutsche Rote Kreuz und das Diakonische Werk an das Deutsche Hilfswerk wenden, um insoweit „mehrere Eisen im Feuer“ zu haben.

Von den Entscheidungen der genannten Förderer ist abhängig, ob, in welchem Umfang und an wie vielen Stellen die soziale Quartiersentwicklung / Entwicklung quartiersnaher Infrastruktur mit besonderem Fokus auch auf ältere Menschen angegangen werden kann.

Im Folgenden wird im Groben inhaltlich skizziert, in welche Richtung Quartiersentwicklungen denkbar sind, wobei in unterschiedlichen Quartieren auch unterschiedliche Ansätze und Maßnahmen sinnvoll sein mögen.

2. Einleitung

Die Frage, wie und wo wir leben wollen, beantworten wir in unterschiedlichen Phasen unseres Lebens. In einer älter werdenden Gesellschaft gewinnt vor allem der Wunsch nach selbstständigem Wohnen und Leben bei guter Lebensqualität bis ins hohe Alter hinein an Bedeutung.

Alle Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren die Zahl älterer und hochaltriger Menschen ansteigen wird. Die weiter ansteigende Lebenserwartung, der Eintritt der sogenannten „Babyboomer“ in die nachberufliche Phase und ein wahrscheinlicher Wanderungsgewinn der Landeshauptstadt sorgen für eine deutliche Verschiebung der zahlenmäßigen Anteile älterer und jüngerer Menschen in

Hannover. Diese Entwicklung, die Ausdruck des demografischen Wandels ist, hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Der medizinische Fortschritt der letzten Jahrzehnte unterstützt diese Entwicklung einer Gesellschaft des langen Lebens. Unabhängig von der positiven Perspektive eines längeren und meist aktiven Alter(n)s gibt es jedoch auch diejenigen Älteren, die wegen Pflegebedürftigkeit, geistiger, körperlicher und / oder seelischer Einschränkungen sowie chronischer oder demenzieller Erkrankungen nicht oder nur sehr eingeschränkt in der Lage sind, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen. In welchem Maße die Zahl älterer Menschen mit einer weniger positiven Perspektive in Hannover ansteigen wird, ist aufgrund vieler, nicht eindeutig bestimmbarer Faktoren, wie z. B. medizinischer Fortschritt bei der Bekämpfung chronischer Erkrankungen, technischer Fortschritt bei der Entwicklung weiterer Unterstützungs- und Hilfsmittel, zunehmender Einfluss präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen sowie weiterer Ausbau der sozialen Infrastrukturen bisher nicht genau prognostizierbar.

3. Ziele

Ziel einer Stadtentwicklung muss es sein, Teilhabe, Selbstbestimmung und ein möglichst selbstbestimmtes Leben aller Menschen – unabhängig vom jeweiligen Lebensalter – als zentrale Aufgabe wahrzunehmen und sicher zu stellen. Ein solidarischeres Einstehen füreinander auch außerhalb der rein familialen Bindungen wird über die Arbeit in den Quartieren und den Auf- und Ausbau sozialer Netzwerke verbessert, so dass gleichzeitig auch die Grundlage für eine neue Kultur des Helfens und der Sorge (community of care) geschaffen wird. Das Verständnis unterschiedlicher Altersgruppen füreinander wird im Rahmen des Generationendialogs ermöglicht. Damit wird auch der vor allem im Alter gefürchteten und viel zu häufig eintretenden Isolierung und Vereinsamung entgegengetreten. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine selbstständige Lebensführung aller Menschen, unabhängig von Lebensalter, Geschlecht, Gesundheitszustand, sozialer Lage und ethnischem Hintergrund ermöglichen. Dabei sind sowohl die finanziellen Ressourcen als auch der prognostizierte Fachkräftemangel im Pflegebereich zu beachten.

Der gesamte Bereich ambulanter Versorgungsstrukturen wird auf eine sozialraumorientierte Versorgung auch in Wohngemeinschaften abgestimmt.

Leitbilder integrierter Betrachtung und Entwicklung eines Wohnquartiers sind z. B. „Eine Stadt für Alle“ und „Eine Stadt der kurzen Wege“.

4. Voraussetzungen

Die Entwicklung einer quartiersnahen Infrastruktur wird nur dann gelingen, wenn innerhalb der Organisation Stadt eine Kultur des Miteinanders und des Dialogs über die einzelnen Ressorts hinausgehend entsteht und interdisziplinär mit allen relevanten Akteuren – internen und externen – gesellschaftliche Veränderungen im Bereich Wohnen, Pflege, Gesundheitsversorgung, lebensräumlicher Infrastrukturentwicklung und soziales Miteinander zukunftsorientiert geplant, entwickelt und umgesetzt werden.

Die Lösung für diese, auf den sozialen Nahraum konzentrierte Entwicklung mit dem Ziel, die sehr unterschiedlichen Lebensräume einer Stadtgesellschaft zutreffend zu erfassen und nutzbar zu machen, liegt in der Quartiersentwicklung.

5. Quartiersentwicklung

Der Grundgedanke von Quartiersentwicklung ist nicht neu und wurde schon vielerorts in verschiedener Form erfolgreich praktiziert (z.B. „Gemeinwesenarbeit“, Unterstützung von Nachbarschaften). Allerdings lag bislang kaum einmal ein Fokus auf Wohnquartiere mit hohem Anteil älterer Bewohnerinnen und Bewohner oder den Bedarfssituationen Älterer.

Eine erfolgreiche Quartiersentwicklung erfordert allerdings die Mitwirkung vieler Akteure aus unterschiedlichen Fachgebieten sowie die Vernetzung von Aufgaben und kommunalen Handlungsfeldern. Damit wird die Quartiersentwicklung zu einer langfristigen und multikomplexen Aufgabenstellung für die Stadt mit zeitlich und inhaltlich weitreichenden Auswirkungen. Diese Arbeit muss im jeweiligen Sozialraum koordiniert und auf die zukünftigen Anforderungen zugeschnitten werden. Eine solche Sozialraumentwicklung schließt auch eine Wertediskussion ein, mit der Alter(n) als Wert bzw. Bereicherung vermittelt wird.

Quartiersentwicklung ist langfristig geeignet, passgenaue und nachhaltige Strukturen für die bevorstehenden gesellschaftlichen Entwicklungen zu schaffen.

6. Ressource Seniorennetzwerke

Der Fachbereich Senioren hat mit dem Bereich Kommunalen Seniorenservice Hannover (KSH) ein Netzwerk mit haupt- und ehrenamtlichen Informations- und Beratungs- sowie mit Bildungs-, Unterstützungs-, Begleitungs-, Fortbildungs- und Mitwirkungsangeboten geschaffen, das sowohl mit stadtbezirklichen als auch mit stadtweiten Akteuren kooperiert („Seniorenplan 2003“).

Ziel der Aktivitäten des KSH und der Kooperationspartner – z. B. Wohlfahrtsverbände, Wohnungswirtschaft, niedersächsische Ärztekammer, stationäre und teilstationäre Einrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, Seniorenbeirat, Alzheimer Gesellschaft, Polizeidirektion, Selbsthilfekontaktstellen, Pflegekassen – ist es insbesondere, das selbstständige Leben und Wohnen im Alter sowie den intergenerationellen Dialog zu fördern und den sozialen Nahraum dafür auszugestalten. Gleichzeitig zielen die Planungen und Aktivitäten des KSH darauf, örtliche Strukturen so zu gestalten, dass noch stärker als bisher geschehen, Angebote zur Verhinderung von Pflegebedürftigkeit und zur Entlastung pflegender Angehöriger (wie z. B. Beratung, hauswirtschaftliche Hilfen, Tages- und Kurzzeitpflegeplätze) eingerichtet werden.

Die Arbeit des KSH ist im Prinzip bereits dezentral ausgerichtet mit dem SeniorenserviceZentrum im Ihmezentrum, den stadtbezirklichen Büros für Seniorenarbeit (grundsätzlich ein Büro als Anlaufstelle in jedem der 13 Stadtbezirke, nur die Stadtbezirke Mitte und Linden-Limmer werden beide vom Ihmezentrum aus bedient).

Ergänzend kommen zwei städtisch betriebene und weitere fünf städtisch geförderte Seniorenbüros hinzu, die Beratung als Pflegestützpunkt findet an sechs Standorten und damit in vertragszulässig höchstmöglichem Maße dezentral statt. Hinzu kommen weitere Stellen der Netzwerkpartnerinnen und –partner, insbesondere der Wohlfahrtsverbände.

Trotz dieser für eine Kommune durchaus bemerkenswerten dezentralen Struktur bleibt es mit wenigen Ausnahmen (z. B. Partnerbesuchsdienst, Alltagsbegleiter) eine Struktur, die auf die Aktivität des Klientels setzen muss (überwiegend „Komm-Struktur“) eine kleinräumigere und auch mehr noch verbindende und zugehende Struktur in den Wohnquartieren erscheint ergänzend notwendig, kann aber auf der bisherigen Grundlage kaum initiiert werden.

7. Ausbau einer bestehenden Beteiligungs- und Vernetzungsstruktur im sozialen Nahbereich

Neben dieser kommunalen Struktur mit einer hohen Vernetzungsdichte will der KSH nun

stärker im sozialen Nahraum, im Quartier, gemeinsam mit den lokalen Akteuren wohnortnahe Infrastrukturen aufbauen bzw. weiterentwickeln. Dies soll zunächst modellhaft an möglichst sechs unterschiedlichen Standorten in Hannover mit unterschiedlichen Kooperationspartnern und weiteren Akteuren aus den jeweiligen Quartieren geschehen. Die quartiersnahe Infrastrukturentwicklung ist kein statisches Konzept, sondern wird je nach Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner sowie anderer Akteure vor Ort weiterentwickelt.

Die Anwohner und Nutzer der Anlaufstellen im Quartier erhalten die Möglichkeit, sich selbst und ihre Ideen in die Angebotsgestaltung und Infrastrukturentwicklung vor Ort einzubringen.

Erfahrungen aus unterschiedlichen Quartiersentwicklungen sind durchaus gewollt, ein Einheitsmodell kann nicht das Ziel sein.

In ähnliche Richtung gehen auch einige niedrigschwellige Ansätze von insbesondere einzelnen Wohnungsgenossenschaften in Hannover (z.B. „Mieterläden“, Mietercafés, Serviceleistungen, o.ä.), solche Ressourcen werden aber nur dann zur Verfügung gestellt, wenn im Nahraum ein möglichst großer Wohnungsbestand einer Vermietungsgesellschaft vorhanden ist.

8. Ausgangsbedingungen

Ein erfülltes, aktives Leben nach der Erwerbsphase, das zukünftig deutlich länger sein wird, erfordert Bildungs-, Informations-, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort, die es heute auf- bzw. auszubauen gilt. Hierfür sind alle relevanten Akteure im Wohnumfeld einzubeziehen (von der Wohnungswirtschaft über Verbände und Vereine einschließlich Migrantengruppen, Kirchen bis hin zu Betrieben und Dienstleistungsanbietern) sowie ebenso die Zielgruppe der älteren Menschen.

Räumliches Einzugsgebiet ist vor allem ein zuvor näher zu definierendes Quartier (unterhalb der Ebene Stadtteil).

Im Bereich des Quartiersmanagements in Stadtumbaugebieten oder in Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ werden bereits seit einigen Jahren in einem kooperativen Miteinander abgestimmten Handelns unterschiedlicher Akteure aus dem privaten, wirtschaftlichen, gemeinnützigen, öffentlichen und bürgerlichen Sektor integrierte Handlungs- und Quartiersentwicklungskonzepte entwickelt. Die Erfolge dieser Vorgehensweisen zeigen, dass neben einer hohen Beteiligungsstruktur, die in den Seniorennetzwerken bereits seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Akteuren geübt wird, ein kooperatives und vernetztes Vorgehen unterschiedlicher Akteure unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen einer alter(n)sgerechten quartiersbezogenen Infrastrukturentwicklung ist.

Ein kooperatives und vernetztes Vorgehen, das auch kontinuierlich weiterentwickelt wird sowie ein abgestimmtes Handeln, das Doppelstrukturen vermeidet, sind für das Gelingen eines solchen Quartierskonzepts unerlässlich.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Funktion einer Quartierskoordinatorin / eines Quartierskoordinators zu, welche Ideen in Gang schieben und vor allem Mitwirkende finden muss. Hauptamtlich tätiges Personal ist dabei wenigstens für eine Startphase wichtig, eine Weiterführung auf überwiegend erkundeten Pfaden kann später auch anderweitig gelingen (siehe Seniorenbüros).

9. Schwerpunkte des Konzepts:

Ø Nahaufnahme Nachbarschaft

Über die beschriebene Sozialraumentwicklung kommt es zur Stärkung nachbarschaftlicher

Gemeinschaften (Verantwortungsgemeinschaften / Caring communities) mit der Möglichkeit, den eigenen Lebensraum zu gestalten.

∅ **Sozialraumentwicklung als Aufgabe für Ehrenamtliche / bürgerschaftlich Interessierte**

Ehrenamtliche / bürgerschaftlich engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Quartier sind für die Arbeit in der Anlaufstelle von besonderer Bedeutung, weil sie diejenigen sind, die sowohl in Kontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Einrichtungen

(zum Teil aus ehemaligen nachbarschaftlichen Zusammenhängen) als auch im Kontakt mit älteren Menschen aus dem Quartier stehen (Man kennt sich.). Die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner fließen über die Ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlich Engagierten in die Quartiersentwicklung ein.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / bürgerschaftlich Interessierten nehmen vorab an einer Qualifizierungsmaßnahme im KSH teil und arbeiten mit hauptamtlichen Kräften zusammen.

∅ **Beteiligung der Bewohnerschaft und Akteure des Quartiers**

Beteiligungsverfahren wie z. B. Großgruppenkonferenzen (z. B. Ideenwerkstätten, open-space-Veranstaltungen, world-cafés) unterstützen eine Quartiersgestaltung, die von den dort lebenden Menschen getragen wird.

10. Nachbarschaftsunterstützung mit System - soziale Netzwerke

In fast allen Lebenssituationen sind soziale Netzwerke wichtig.

Inzwischen gibt es auch schon technische Unterstützungen für soziale Netzwerke. In den Niederlanden ist z.B. ein teilelektronisches Nachbarschaftsunterstützungssystem namens „Tante Kwebbel“ erfolgreich erprobt worden, mit welchem dafür gesorgt wird, dass Anonymität in der Nachbarschaft abgebaut wird und Kontakte sowie soziale Nachbarschaftsnetzwerke unterstützt werden. Gleichzeitig beugt „Tante Kwebbel“ der Isolation und Vereinsamung vor. Es könnte im Rahmen der Erprobungsphasen überprüft werden, ob und gegebenenfalls inwieweit „Tante Kwebbel“ (oder Ähnliches) auch in Hannover erfolgreich eingesetzt werden kann.

11. Koordination und Evaluation

Die zielgenaue Wirkung des Konzepts wird über einen Kontrakt sichergestellt, der die maßgeblichen Akteure in Zielstellungen vereint.

Die Kooperationspartner benennen Mitglieder für eine Steuerungsgruppe, die das weitere Vorgehen vor Ort konzeptioniert, entsprechende Prozessbeschreibungen erarbeitet und den zeitlichen Ablauf festlegt.

Für die Arbeit in den Anlaufstellen sind hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam verantwortlich.

Es ist wünschenswert, die Arbeit der Anlaufstellen wissenschaftlich evaluieren zu lassen.

12. Vorgehensweise:

Als Anlaufstelle und dann auch Ausgangspunkt modellhaft für ein Quartier im Bereich Hannover-Südstadt erscheint das städtische „Margot-Engelke-Zentrum“ (MEZ) besonders geeignet, ein Alten- und Pflegezentrum, zudem mit betreuter Wohnanlage und dem „Forum“ ,einem „offenen Bereich“ für verschiedenste Gruppen und Aktivitäten. Das MEZ ist

schon jetzt stark frequentierter Treffpunkt mit vielfältigen offenen Angeboten, so dass nicht gleich in neue Räumlichkeiten investiert werden müsste.

Der KSH will gemeinsam mit dem MEZ sowohl seine Informations- und Beratungstätigkeit zeitlich erweitern als auch die Infrastruktur für ein alter(n)sgerechtes Leben und Wohnen im Verbund mit anderen relevanten Akteuren, wie z. B. Wohnungsunternehmen, Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden im Quartier verbessern.

Am 23. Oktober 2013 wird in einer Ideenwerkstatt im MEZ mit Einladungen an Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Quartier, ortsansässigen Wohnungsunternehmen und Betrieben sowie Kirchengemeinden, Politik und anderen Interessierten damit begonnen, sowohl Themenstellungen als auch Bedarfs- und Bedürfnislagen herauszuarbeiten. Die Impulse der Teilnehmenden werden festgehalten, um aus ihnen für einen Zeitraum von etwa drei Jahren Projekte zu generieren, konkrete Maßnahmen zu planen, Aktionen und Aktivitäten zu versuchen. Jährlich könnte eine Veranstaltung zum Entwicklungsstand stattfinden, in die alle relevanten Akteure vor Ort einbezogen werden.

Erste Erfahrungen aus einer solchen Ideenwerkstatt können sodann für etwaige weitere Starts in anderen Quartieren genutzt werden.

Weitere Modellstandorte und Kooperationen (nach Mittelverfügbarkeit) könnten vorzugsweise in den Stadtbezirken Nord, Döhren-Wülfel, Kirchrode-Bemerode-Wülferode, List und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt liegen, um möglichst auch unterschiedlich strukturierte Quartiere zu erfassen. Einzelne Quartiere wären aber noch zu definieren. An jedem solcher Standorte ist geplant, mit unterschiedlichen Trägern (z.B. Verbänden, interkulturellen Pflege- und Kulturorganisationen, Gesundheitseinrichtungen und Altenzentren, Ausbildungsstätten und ggf. einem Krankenhaus) zusammen zu arbeiten und unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen: neue Wohnformen im Alter / gemeinschaftliches Wohnen, interkulturelle Quartiersentwicklung, Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen, Bürgerschaftliches Engagement, Sport und Bewegung, ambulante Versorgungsstrukturen.

13. Startphase

Mit der quartiersnahen Infrastrukturentwicklung könnte im Frühjahr 2014 in einem noch zu definierenden Bereich der Südstadt (um MEZ) begonnen werden, weitere Quartiere könnten in Abhängigkeit von der Bewilligung einer Förderung durch den Generali Zukunftsfonds und dem Deutschen Hilfswerk im Laufe des Jahres 2014 dazu kommen. Von einem dreijährigen Förderzeitraum ausgehend wären Bewertungen spätestens im Jahre 2016 vorzunehmen, um auch über Art und Formen etwaiger nachhaltiger Weiterführungen zu befinden.

57
Hannover / 20.09.2013